

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P. XXIV, 164

Bonn, den 29. August 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Vor 30 Jahren...</u> Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg	76
2	<u>Mit offenem Visier</u> Keine Furcht mehr vor dem Bekenntnis zu einer Partei	20
3 - 4	<u>Der Bildungsmorgen der CDU</u> Wird die "Schule von morgen" von vorgestern sein? Von Dr. Josef Benzinger	101
5 - 6	<u>Financial Times: "Neue Aussichten in Bonn"</u> Die britische Öffentlichkeit beginnt sich auf einen Wachwechsel in der Bundesrepublik einzurichten Von Haas Joachim Werbke, London	72
<u>ANHANG</u>		
1 - 2	<u>Deutschlandpolitik als Friedenspolitik</u> "Man wage das Wagnis, sich in dieser Richtung voranzuarbeiten" Von Dr. W.W. Schütz, Geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland	101

Vor 30 Jahren...

Am 1. September 1939 begann der Zweite Weltkrieg

ler - Vor 30 Jahren, am 1. September 1939, begann durch den von Hitler organisierten Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg. Er war im Unterschied zum Ersten Weltkrieg, in den Regierungen und Völkern nach einem berühmten Wort des britischen Premiers Lloyd George unbewußt hineingeschlittert sind, ein bewußt gewollter Krieg, ausgelöst von einem Regime, das die Herrschaft über ganz Europa und weit darüber hinaus anstrebte. Die Grundzüge dieses wahnsinnigen und verbrecherischen Unternehmens waren schon lange in Hitlers Buch "Mein Kampf" festgelegt. Doch wer nahm schon damals diesen Phantasten ernst? Schnell wuchs jedoch seine Anhängerschaft, als sich Existenzangst und Arbeitslosigkeit, Folgen der Weltwirtschaftskrise, zu Beginn der dreißiger Jahre wie ein Wüstenbrand verbreiteten. Die Verderber Deutschlands versprachen dem Volk Frieden, Wohlstand, Sicherheit, Ruhm und nationale Größe. Sie versprachen ein Reich, das 1.000 Jahre währen sollte. Es dauerte 12 Jahre. Es ging in Schutt und Trümmer und in Schande unter.

Unsägliches Leid hat das Gewaltregime Hitlers über die Völker gebracht. Über 50 Millionen Menschen fanden den Tod, auf den Schlachtfeldern, in der Hölle von Konzentrationslagern, in Vernichtungsofen und unter den Trümmern zerbombter Städte. Noch nach dem Zusammenbruch des "1000jährigen Reiches" verloren viele Millionen von Menschen durch Vertreibung ihre angestammte Heimat, unschuldige Opfer eines aufgestauten Hasses, aber auch berechnenden Kalküls.

Die Schatten des Zweiten Weltkrieges reichen noch weit in die Zukunft hinein. Dieser Krieg hat Wirkungen erzielt, wie wohl keiner zuvor. Über dem am Boden liegenden Deutschland zerbrach die Koalition der Siegermächte, sie konnten sich nicht einig werden, was mit Deutschland werden sollte. Jeder von ihnen behielt den Teil, den er auf der Jalta-Konferenz als seine Einflußsphäre beanspruchte.

Darüber ging die Einheit Deutschlands in die Brüche. Äußerer Ausdruck dieses Tatbestandes ist die Existenz der Bundesrepublik und die der DDR. Beide werden sich daran gewöhnen müssen, miteinander und nebeneinander zu leben. Der Weg zu einem modus vivendi ist freilich schwer, es bedarf stetiger Geduld und Beharrlichkeit, um ihn Stück für Stück frei zu schaufeln, eine mühevolle, den Schweiß der Edlen abverlangende Arbeit. An ihr kommt niemand vorbei, der es ernst meint mit der Sicherung des Friedens und des Aufbaus einer europäischen Friedensordnung, die den Völkern dieses Kontinents die Furcht vor einer Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit nimmt.

Zu der Erbschaft, die uns das "Dritte Reich" hinterließ, gehört die Wiederherstellung normaler Verhältnisse mit unseren östlichen Nachbarn. Sie ist mit einer furchtbaren Hypothek behaftet. Die Beziehungen zu unseren westlichen Nachbarn, besonders mit Frankreich, sind zwar nicht frei von gelegentlichen Störungen und Belastungen, aber es sind die Beziehungen von Freunden, verbunden in dem Bestreben, gemeinsam ein in sich ruhendes Europa aufzubauen, das seine Stellung zwischen den beiden Weltmächten, der Sowjetunion und den Vereinten Staaten, behaupten und in einer unruhigen und von Gefahren bedrohten Welt seinen Friedensbeitrag leistet. Deutsche und Polen haben bisher

noch keine gemeinsame Sprache gefunden, die zu einer besseren Zukunft führt. Allerdings gibt es Lichtblicke; die verständigungsbereiten Kräfte gewinnen an Raum. Auch hier gilt es, den Brückenschlag zu finden. Auch dies erfordert einen langen Atem.

Der Glaube, mit dem Ende des "Dritten Reiches" würde eine lange Friedensperiode für die Menschheit eintreten, mußte bald der bedrückenden Erkenntnis weichen, daß dies ein Fehlschluß war. Es entstanden neue Konfliktherde. Die Konfrontation der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in der Kubakrise hatte fast zu einem mit atomaren Waffen geführten Weltkrieg geführt. Der Blick in den Abgrund ließ beide Seiten vor dem Ausbersten zurückweichen. Seitdem bemühen sich beide Weltmächte, die Wiederholung einer gleichen Situation zu vermeiden. Der Krieg in Vietnam und die Entwicklung im Nahen Osten stellen sie freilich vor Fragestellungen, auf die sie bisher keine Antwort haben finden können.

Im Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens, können wir uns nicht abseits stellen oder uns als Gleichgültige benehmen. Der Zweite Weltkrieg brachte ungeheure Verwüstungen im moralischen, menschlichen und materiellen Bereich. Ein Dritter Weltkrieg wäre wohl das Ende der Menschheit. Das zu verhindern dazu sind alle aufgerufen, unabhängig davon, in welchem gesellschaftlichen System sie leben, welcher Rasse oder welcher Religion sie angehören. Wir Deutschen sollten niemandem mehr Anlaß geben, Verwirrung und Unheil in der Welt zu mehren. Diese Verpflichtung hat uns der Zweite Weltkrieg, der vor 30 Jahren begann, aufgegeben. Sie zu erfüllen nimmt uns die Schande mit ab, die uns das "Dritte Reich" gebracht hat. Die Nachkriegsgeneration ist frei von den Verstrickungen und Verwirrungen der Vergangenheit; sie kann unbefangener als ihre Väter das Werk des Friedens sichern helfen.

+ + +
Mit offenem Visier

Keine Furcht mehr vor dem Bekenntnis zu einer Partei

sp - Zum ersten Mal bei einer Wahl äußern sich prominente und weniger prominente Persönlichkeiten auf Befragen öffentlich, welcher Partei sie ihre Stimme geben werden. Das ist ein Novum in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Bei früheren Wahlen haben sich alle Parteien vergeblich bemüht, die oft unverständliche Zurückhaltung vieler Bürger bei ihren Aussagen vor einer Wahl zu überwinden. Es gelang selten. Diesmal sagen bekannte Künstler, Sportler, Industrielle, Beamte, Handwerker, Arbeiter und Bauern, für wen sie sich entscheiden werden.

Diese Offenheit ist zu begrüßen. Sie zeigt, daß man auch hierzulande zu begreifen beginnt, daß Bürgerrecht und Bürgerwahl, offen und ohne Vorbehalt ausgesprochen, zu den wichtigsten Elementen eines demokratischen Staates gehört. Nur wenige fürchten heute noch, daß sie durch ihr öffentliches Bekenntnis zu einer demokratischen Partei Nachteile haben könnten. Hierzu beigetragen hat wohl auch das ausgewogene Kräfteverhältnis der großen demokratischen Parteien und die Gewißheit, daß jede dieser Parteien regierungsfähig ist.

In anderen demokratischen Ländern ist bei Wahrung des Wahlgeheimnisses die offene Aussage des einzelnen Bürgers schon seit langem keine Seltenheit mehr. Es bleibt zu hoffen, daß auch bei uns eine solche Aussage zur Selbstverständlichkeit wird.

+ + +

Der Bildungsmorgen der CDU

Wird die "Schule von morgen" von vorgestern sein?

Von Dr. Josef Benzinger

Ende Februar 1969 kam das Pfälzer- und Weinstädtchen Deidesheim zu der zweifelhaften Ehre, mit den bildungspolitischen Vorstellungen der CDU/CSU in Verbindung gebracht zu werden. Der - schließlich ergebnislose - Kulturpolitische Kongreß der Unionsparteien am 28. 2./1. 3. 1969 in Bad Godesberg befaßte sich nämlich mit einem knapp 13-seitigen Papier, den "Deidesheimer Leitsätze", welche als Entgegnung auf das "Modell für ein demokratisches Bildungswesen" der SPD (veröffentlicht Anfang Januar) gedacht waren. Die schwerwiegenden Gegensätze innerhalb der Union waren bereits auf dem Berliner Parteitag deutlich geworden, als sich der Parteivorsitzende Kiesinger von einem Beschluß öffentlich distanzierte, in welchem man eine weitestgehende bildungspolitische Kompetenz des Bundes forderte.

In Godesberg wäre es nun beinahe zum Eklat gekommen, weil man sich nicht einmal auf das Deidesheimer Minimum einigen wollte. Schwierigkeiten bereitete - wie auch sonst - die CSU. Die Leitsätze enthalten immerhin - wenn auch nur verbale - Anleihen aus den SPD-Programmen, und die CSU hat es in Bayern mit Sozialdemokraten zu tun, die in Fragen der Bildungspolitik gezeigt haben, daß auch die Opposition sich durchsetzen kann. Inzwischen ist man offenbar in aller Stille auseinandergegangen. Der Bundesvorstand der CDU verabschiedete den hochschulpolitischen Teil der Deidesheimer Leitsätze am 20. Juni 1969 als Programm der CDU und taufte das ganze um in "Die Hochschule von morgen", wohl um die Bayern nicht mit dem seit Godesberg roten Tuch Deidesheim zu provozieren.

Der Inhalt blieb derselbe; das trifft auch auf die jetzt vorgelegte "Schule und Hochschule von morgen" zu, die vorläufig endgültigen "Leitsätze" der - CDU! Seit Godesberg/Deidesheim hat sich also nichts geändert, einschließlich des - aus mehreren Gründen - schlechten Klimas zwischen CDU und CSU.

Durch den anspruchsvollen Titel wird freilich aus den grundkonservativen bildungspolitischen Vorstellungen der CDU kein Schulsystem hervorgehen, welches auch nur den heutigen Anforderungen entspricht, geschweige denn denen von "morgen". Aus der 16-seitigen Broschüre erfahren wir nichts weiter, als was auch der bildungspolitische Laie längst weiß: daß unser Bildungssystem dringend verbesserungsbedürftig ist.

Auf's Verbessern versteht sich die CDU (d.h. das Kulturpolitische Büro der CDU/CSU in Bonn) in der Tat, wenigstens auf die Formulierung nicht mehr neuer Wünsche. Reformen sehen anders aus. Da heißt es im bildungspolitischen CDU-Morgen, man müsse "Zielsetzungen formulieren", "die sich an den finanziellen Möglichkeiten orientieren". Mit anderen Worten: wir brauchen eine Bildungskonzeption, die auf unsere finanziellen Unmöglichkeiten Rücksicht nimmt, d.h. wichtigen gesellschaftspolitischen Forderungen im Grunde ausweicht. Folgerichtig fixiert das Stoltenberg-Team Zielsetzungen, die im Endeffekt auf unser angeblich so bewährtes Schulsystem hinauslaufen, genannt "gegliederte Leistungsschule": Hauptschule, Realschule, Gymnasium. Eine "sichere Begabungsfindung" soll eine Korrektur der eingeschlagenen Schullaufbahn ohne Zeitverlust ermöglichen.

Gewiß, ein Patentrezept für die Beseitigung aller möglichen Sackgasse gibt es nicht. Kann aber eine individuelle und damit subjektive Bega-

bungsauslese ein von Grund auf neues Schulsystem ersetzen, welches verhindert, daß die Schule soziale Verhältnisse reproduziert (schematisch: die Hauptschule den Arbeitern, die Realschule den Angestellten, das Gymnasium den Beamten)? Die von der SPD geforderte Gesamtschule wird von der CDU als ideologische Fixierung abgetan. Bedeutet es nicht umgekehrt ideologisches Denken, wenn die CDU in ihren Leitsätzen ständig von "Begabung" spricht, ohne zu berücksichtigen, wie viele Begabungen nicht erkannt und gefördert oder gar verschüttet werden - durch unser traditionelles Schulsystem! Die Unmündigkeit vieler Bürger wird vielfach durch ein Begabungsurteil von Eltern oder Lehrern eingeleitet und verewigt.

Wie bei der Schule, so hält die CDU auch bei der Hochschule an den herkömmlichen Organisationsformen und Einteilungen fest. Die starre Trennung in forschungsintensive wissenschaftliche Hochschulen und lehr-intensive Fachhochschulen, mit der man den zunehmenden Abiturientenzahlen Herr zu werden versucht, geht an der Erkenntnis vorbei, daß Wissenschaft und Praxis sich immer mehr gegenseitig bedingen, vor allem bei akademischen Berufen. Verschulung des akademischen Studiums und damit Verkürzung der Studienzeiten bringen uns bei der Hochschulreform nur in der Meinung der uninformierten Öffentlichkeit weiter.

Was die CDU im übrigen in ihrem Programm dazu zu sagen hat, ist Technokratie in Reinkultur mit einem hauchzarten demokratischen Zuckerfuß. Über die Hälfte der Ausführungen zum Thema "gegliederter Hochschulbereich" besteht aus den gängigen Deklarationen zur Finanz- und Forschungspolitik, der Rest erschöpft sich in unverbindlichen Gemeinplätzen und mehr oder weniger offenen Plagiaten.

Man wüßte vor allem gern bei den aufgezeigten Bonbons, wer sie uns wie beschaffen soll. Die CDU macht es - wie immer - allen recht. An oberster Stelle steht die Forderung nach einer "leistungsfähigen Hochschule", dann kommt die "Freiheit des Forschers und Lehrers", die der Staat zu garantieren hat. Eine leistungsfähige Ordinarienuniversität also (der Fachbereich ist bei der CDU im wesentlichen eine Neuauflage der alten Fakultät). Von Demokratie war nicht die Rede. Demokratie und Leistungsfähigkeit schließen sich bei CDU-Denkern offenbar ebenso aus wie Demokratie und Sozialismus bei CDU-Neck.

Den Studenten macht der CDU-Bildungsmorgen ephemere Zugeständnisse hinter denen die deutliche Absicht erkennbar wird, zu einer momentanen Beruhigung der Situation an den Hochschulen beizutragen, indem man die Probleme vertagt. Daß diese Taktik nicht fruchtet, zeigt das gescheiterte Gespräch von CDU-Stoltenberg mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften (ADS) im August 1969.

Die besondere Verpflichtung einer "christlichen Partei" zu bildungspolitischer Aktivität, auf welche die Präambel hinweist, ist durch das vorliegende Papier mitnichten erfüllt. Die christlichen Kirchen haben zur größten Teil weit fortschrittlichere bildungspolitische Vorstellungen als die CDU, weil sie - im Gegensatz zu dieser Partei - von modernen gesellschaftspolitischen Überlegungen ausgehen. Daß aber ein Bildungswesen der Zukunft "im Zusammenhang mit anderen Bereichen der Gesellschaft gesehen" werden muß, steht nur am Ende des CDU-Programms und in keiner logischen Verknüpfung zum übrigen.

Die Literatur zur Bildungsreform ist wieder um eine Broschüre umfangreicher, wenn auch nicht gehaltvoller geworden.

Financial Times: "Neue Aussichten in Bonn"

Die britische Öffentlichkeit beginnt, sich auf einen

Wahlkampf in Deutschland vorzubereiten.

Von Hans Joachim Werbke, London

Die Überschrift zu diesem Bericht ist die Schlagzeile zu einem Leitartikel der "Financial Times", dem angesehenen Finanz- und Handelsblatt mit dem guten politischen Teil und der zuverlässigen Auslandsberichterstattung. Mehrmals bereits hat die einflußreiche Tageszeitung sich aus Bonn berichten lassen, weicht Wechsel nach den Wahlen sich dort ankündigt. Jetzt faßte der Kommentator des Blattes, der sich nur mühsam von der Überraschung erholte, daß die Sozialdemokraten einen bemerkenswerten Vorsprung vor den Christlichen Demokraten in der Wählergunst haben und bewahren, die reale Möglichkeit ins Auge, daß "eine Partnerschaft zwischen SPD und FDP eine deutliche Möglichkeit wird." Die "Financial Times" stellt als "Gebiete der Übereinstimmung" die Aufwertungskontroverse und das Verhältnis zu Osteuropa sowie den Umgang mit Ost-Berlin heraus. Hoffnungen für die CDU vermag das konservative Blatt lediglich im Unsicherheitsfaktor der "Unentschiedenen" zu entdecken: Nämlich dann, wenn ein massiver Zulauf ihrerseits die Waagschale noch einmal zugunsten der CDU senkte und ihr eine absolute Mehrheit gäbe.

Die schonende Vorbereitung der englischen Öffentlichkeit auf einen Wachwechsel in Bonn ist natürlich nicht auf die "Financial Times" oder das Wochenblatt "The Economist" beschränkt. Es fehlt auch in der Tagesberichterstattung der anderen Zeitungen nicht der Hinweis auf den neuen Wind, der in Bonn weht. Als nach der Franc-Abwertung der Kanzler und sein Finanzminister ihre Nichtaufwertungs politik gerechtfertigt wählten, schrieb selbst der stockkonservative "Daily Telegraph": "Glücklicherweise werden die Bundesbank und die Sozialdemokraten aller Wahrscheinlichkeit nach eine realistischere Linie einschlagen", wobei hinzuzufügen ist, daß hier in London der Eindruck vorherrscht, für eine "realistischere Linie" sei vorerst der Zeitpunkt verpaßt; wer immer nach dem 28. September das Regierungsgeschäft zu führen hat, wird unter den Auswirkungen der vertänderten Entscheidung zur rechten Zeit zu leiden haben. So entsteht leicht eine Situation, die derjenigen gleicht, als Labour im Oktober 1964 die Tories ablöste und ein Wirtschaftserbe vorfand, das noch heute die Handlungen

der britischen Regierung belastet.

Daß in der Bundesrepublik zum ersten Mal in ihrem zwanzig-jährigen Bestehen eine Regierung zustandekommen könnte ohne die Beteiligung der Christlichen Demokraten, hat für Engländer faszinierende Aussichten. Nur zu gut weiß man an der Themse, daß weder Adenauer noch Kiesinger zu Britannien je eine richtige Beziehung hatten. Kiesinger legt seine Einstellung gern mit dem Hinweis, er habe sich als "guter Europäer" auch früher schon in Bonn und Straßburg für den britischen EWG-Beitritt eingesetzt, aber die Engländer hätten damals eben nicht gehört. Solch schulmeisterliches Fingerhochhalten imponiert den Briten nicht, die - wie ein Sprichwort sagt: "Die Brücke überqueren, wenn man an sie kommt." Mit mehr Respekt hören sie sich die Argumente des deutschen Außenministers Willy Brandt an, der sie vor Illusionen und falschen Lösungen warnt, aber immer bestrebt ist, England konkrete Wege zu weisen, auf denen auch die Briten sich der europäischen Gemeinschaft nähern können.

Koalitionsregierungen sind nicht nach britischem Geschmack. Bei Bildung der Großen Koalition wurde in den politischen Kreisen Londons gar zu gern bedenklich der Kopf geschüttelt. Viele denken auch heute noch so. Aber andere haben eingesehen, wie gut die Beteiligung der Sozialdemokraten an der Regierung der Bundesrepublik bekommen ist. Nicht nur hat sich die Bundesrepublik aus der von Wirtschaftswunderprofessor und Pause-Bundeskanzler Erhard nicht verhinderten Rezession so geschwind wieder erholt, daß Briten, die seit fünf Jahren ein Leben mit der Krise führen, vor Neid erblassen; nicht nur konnte die hier im Ausland verständlicherweise leicht überschätzte Gefahr der NPD für die deutsche Demokratie, wenn nicht alle Zeichen trügen, entscheidend gebannt werden; sondern es wurde auch ernst gemacht mit der "neuen Ostpolitik", die eine wichtige Ergänzung ist für die in den fünfziger Jahren verwirklichte Integration der Bundesrepublik in den Westen. Auch war es die realistische Haltung deutscher Sozialdemokraten, die angesichts der tschechoslowakischen Krise vor einem Jahr den Rückfall in eine Haltung des Kalten Krieges verhindern half und so den Spielraum gewann, in dem eine Aussöhnung mit Deutschlands östlichen Nachbarn, allen voran Polen, möglich wird. Britische diplomatische Beobachter verbergen es nicht: Sie schreiben die flexiblere Haltung der bundesdeutschen Politik dem Einfluß der Sozialdemokraten und ihres Außenministers Willy Brandt zu.

Deutschlandpolitik als Friedenspolitik

"Man wage das Wagnis, sich in dieser Richtung voranzuarbeiten"

Von Dr. W. W. Schütz, Geschäftsführender Vorsitzender
des Kuratoriums Unteilbares Deutschland

Deutschlandpolitik ist eine Konkretisierung deutscher Friedenspolitik. Zu dieser Feststellung, die zugleich eine Aufforderung zum Handeln enthält, gelangt Dr. Wilhelm Wolfgang Schütz, Geschäftsführender Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, im Schlußkapitel seines neuen im Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln, erschienenen Buches "Antipolitik". Das Buch zeichnet sich wie alle Bücher des bekannten Autors durch undogmatisches Denken und einen packenden Stil aus. Es gibt Einsichten und Erkenntnissen Raum, die für viele geradezu revolutionär sein mögen.

Die Redaktion

Deutschlandpolitik ist eine Konkretisierung deutscher Friedenspolitik. Friedenspolitik ist zugleich Sicherheitspolitik. Sicherheit ist ein zerbrechliches Gerüst. Hängt weitgehend von der Bereitschaft der Völker ab, sich für den anderen einzusetzen. Sicherheit ist mehr ein politischer als ein militärischer Tatbestand. Hier wird eine persönliche Deutschlandpolitik zu einer Voraussetzung für das Überleben als freies Staatswesen, für das Überleben als Nation. Drohende Töne werden als drohende Gedanken gewertet - selbst wenn sie das Gegenteil von Gedanken sind. Lärm hilft niemandem, kann aber schaden. Spricht man im Inland anders als im Ausland, dann entsteht Gefahr eines Auseinanderklaffens von Innen- und Außenpolitik, eines Zerfalls der Deutschlandpolitik. Solche Widersprüche treten auf, wenn Angebote, über alles zu sprechen, ein Zetermordio auslösen, sobald einer ernst damit macht und sondiert. Das ist ungereimt, das weckt den Verdacht der Unzuverlässigkeit. Wenn eine Regierung erklärt, daß sie zu Verhandlungen bereit ist, dann muß es Leute geben, die das vorbereiten. Wenn ein Bundeskanzler anbietet, sich mit dem Ministerpräsidenten der DDR zu treffen, dann ist es Pflicht von Beamten und Politikern, Wege zu suchen. Wer das angreift, greift die Friedenspolitik an. Wenn Ostberlin von Frieden spricht, dann muß es Schritte dazu fördern, nicht verhindern.

Friedenspolitik ohne Deutschlandpolitik ist unglaubwürdig. Wer keine konkreten Vorstellungen und keine überzeugenden Versuche vorweist, wie er die deutsche Frage lösen will - sei es auch zunächst nur für den Übergang - der braucht gar nicht weiter von Frieden zu sprechen. Wo aber die Glaubwürdigkeit des Friedens fehlt, da beginnt es unsicher zu werden. Und damit gefährlich. Sicherheitspolitik erfordert überzeugende Deutschlandpolitik. Eine Deutschlandpolitik, die nicht in eine umfassende Friedenspolitik einbezogen ist, bleibt Antipolitik. Eine Friedenspolitik, die nicht mit der Zusammenarbeit unterschiedlicher Gesellschaftsformen rechnet, bleibt Antipolitik. Setzt voraus, daß der Zusammenhang zwischen Gesellschaftspolitik und Außenpolitik gesehen wird.

Setzt voraus, daß die Ideologisierung der Gegensätze abgebaut wird.

Setzt voraus, daß die Lösung der strittigen Fragen in Frieden gewollt und vorbereitet wird. Daß beide Seiten bereit sind, ohne Vorbedingungen zu sprechen.

Alles Voraussetzungen, die umstritten sind. Eine Politik, die in ständigem Gegensatz zur Antipolitik durchgesetzt werden muß.

Damit ist die Grenze zur Außenpolitik erreicht. Damit rücken außenpolitische Tatbestände und Tendenzen, die sich auf die Zukunft erstrecken, in den Brennpunkt.

Das Interesse an der Festigung des Friedens bildet eine Brücke, die selbst rivalisierende Gesellschaftsordnungen und Staatensysteme zusammenführen kann.

Man braucht zum Beispiel den Budapester Appell der Teilnehmerstaaten des Warschauer Paktes vom 17. März 1969 gar nicht zu überschätzen, um dennoch Ansatzpunkte zu erkennen.

Zusammenarbeit zwischen allen europäischen Ländern, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung? Selbstverständlich, vorausgesetzt, daß die atlantischen Anrainer beteiligt sind.

Gemeinsame Anstrengungen auf dem Gebiet der Energetik, des Verkehrswesens, der Wasserwirtschaft, der Luft und des Gesundheitswesens die in unmittelbarer Beziehung zum Wohlstand der Bevölkerung des gesamten Kontinents stehen? Aber gewiß!

Vorbereitung einer Konferenz durch Vertreter, die sich über Art und Weise der Einberufung als auch über eine Tagesordnung verständigen sollten? Wäre zu erörtern. Zumal angeboten wird, auch jeden anderen Vorschlag zu prüfen.

Fruchtbringende Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Nationen? Wären wir nur so weit.

Freilich bleiben zwei- und mehrdeutige Begriffe. Freilich bleibt die Sorge, das könnte wieder einmal ein als Politik verhüllter Akt der Antipolitik sein. Aber wäre es nicht antipolitisch im Extrem, solche Dokumente achtlos beiseite zu schieben? Enthält der Text von Budapest nicht interessante Änderungen zum Beispiel gegenüber dem Dokument von Karlsbad zwei Jahrzehnte zuvor?

Weites Feld der Friedenspolitik. Man wage das Wagnis, sich in dieser Richtung voranzuarbeiten. Alles andere wäre gefährlicher. Man suche die Versöhnung zwischen Ost und West. Denn alles andere führt zur Konfrontation.

Man überlege, welche sonstigen Möglichkeiten europäischer Ordnung es gibt. In Wirklichkeit doch keine. Nur in Verständigung und Vereinbarung zwischen Westmächten und Ostmächten läßt sich am Ende auch die deutsche Frage lösen. Begegnen sich die westlichen mit den östlichen Europäern, dann wird es auch nicht länger möglich sein, die Deutschen in der Mitte Europas auseinanderzuhalten. Eine Nation, die sich über das Nebeneinander und schließlich das Miteinander heute noch gegensätzlicher Gesellschaftssysteme verständigen muß, wenn sie auf die Dauer nicht an diesem Konflikt scheitern soll. Wie denn ließen sich getrennte Teile geteilt halten, wenn der Kontinent ringsum zueinander strebt? Haß und Gegenhaß? Nationalismus West gegen Nationalismus Ost? Es wäre der endgültige Triumph der Antipolitik auf deutschem Boden.

Wovon gingen wir aus? Von der Einsicht, daß alle Hoffnungen auf eine Endzeit trügen. Heute wie eh und je. Alle Ansprüche auf die letzte Revolution sind pure Antipolitik. Ungeschichtlich. Wo sind wir angekommen? Im Wissenschaftszeitalter werden sich gesellschafts- wie nationalpolitische Gegensätze nur durch konkrete Reformen lösen lassen. Tiefgreifende Reformen, gewiß, und schmerzliche Veränderungen. Aber nichts ist zu erreichen, wenn nicht auf dem mühsamen Weg der Friedenspolitik.